

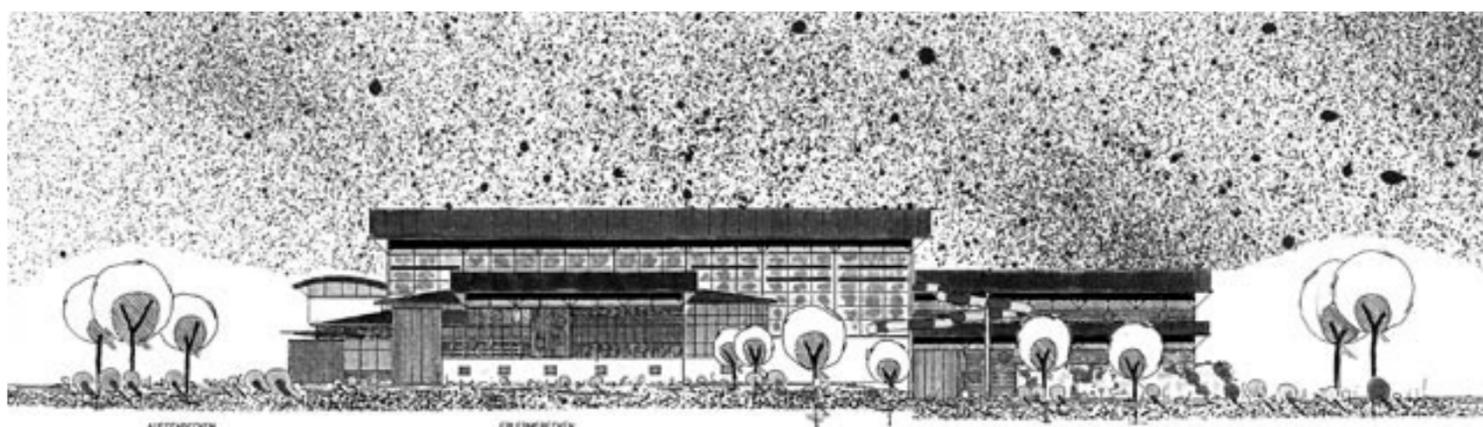
## Gehen Bamberg's Bäder baden?

Die Stadtratsmehrheit glaubt, Bamberg (und sich selbst) mit dem Neubau eines Hallenbads am Stadion schmücken zu müssen. Doch das geplante Spaßbadmonster ist nicht nur teuer, sondern es würde auch definitiv das Aus für das Hallenbad am Margaretenendamm bedeuten und langfristig auch dem Gaustadter Freibad den Todesstoß versetzen. Dabei liegen Alternativvorschläge auf dem Tisch, die kostengünstiger sind, dezentrale Strukturen bewahren und den Freizeitwert der Stadt überall und für alle Bamberger und Bambergerinnen sichern.

Da werden die Menschen in Bamberg-Ost schlucken, die sich heute noch verständlicherweise über die neuen Aussichten in nächster Nähe freuen.

Und das Hallenbad wird nicht das einzige Opfer des Spaßmonsters sein – auch wenn alle Spaßbadfanatischen Stadtratsfraktionen vollmundig das Gegenteil verkünden: Bei 18-20 Mio Euro Neubaukosten wird für eine Sa-

zu pflegen, wäre Aufgabe der Stadt, und nicht, im überregionalen Wettbewerb der Fun-Freizeitbranche mitzumischen. Zumal jüngste Analysen bereits auf eine Überfrachtung des oberfränkischen Bäder-Angebots hinweisen, weshalb die Hoffnung der Stadtwerke auf massenhafte und zahlungswillige Besucherströme aus dem Umland äußerst fragwürdig ist.



So könnte ein saniertes und attraktiveres Hallenbad aussehen, mit Außenbecken, Erlebnisbecken, Saunabereich, Rutsche usw.

(aus: Studie Bäderkonzept Bamberg, plafog/Hölzlein, 1998)

Betrachtet man Bamberg mal aus der Vogelperspektive, ist das Stadtgebiet mit Bade- und Schwimmmöglichkeiten ziemlich gut ausgestattet: Vom Gaustadter Bad im Westen bis zum Stadionbad im Osten, vom Hallenbad in der nördlichen Innenstadt über das kleine Hainbad bis hin zu den privaten Vereinsbädern in Bug (Schwimmverein und Neptun). Niemand in Bamberg hat es allzu weit, um seine einfachen Grundbedürfnisse an sommerlicher Erfrischung und Schwimmmöglichkeiten zu befriedigen.

Doch diese bescheidene Idylle ist gefährdet, denn die Bamberger Stadtratsmehrheit holt zum großen Schlag auf die Bamberger Bäderlandschaft aus. Ziel ist ein neues, großes und hypermodernes Hallenbad mit Fun-Charakter und Wellness-Angebot direkt neben dem Stadionbad. 18 bis 20 Millionen wollen die Mehrheitsfraktionen sich das kosten lassen, von den zu erwartenden Folgekosten ganz zu schweigen. Dafür will man das Hallenbad am Margaretenendamm möglicherweise abreißen und das dortige Grundstück als Bauland verkaufen.

### Erste Löcher im Bäder-Netz

Wenn diese Pläne umgesetzt werden, sind fatale Folgen für die Freizeitqualität der Stadt vorprogrammiert: Weg von einem stadtteil- und alltagsorientierten Angebot für alle Bürger und Bürgerinnen, hin zum teuren (und für viele zu teuren) Event-Badeerlebnis am Stadtrand.

Aus dem Fitnessprogramm Innenstadt Bamberg (im Rahmen des „Vital Cities“-Projekts INTERREG II): „Zukünftige Antworten: Modernes Hallenbad an einem zentralen Standort (Innenstadt) (...)“

Erst in letzter Zeit zeigen zwei Entscheidungen diesen neuen Trend auf: Das Schwimmbad im Aufseesianum (Aufseesgasse beim Michelsberg), von vielen Schulen, Vereinen und Privatlehrkräften für Schwimmkurse genutzt, wurde wegen Sanierungsbedürftigkeit geschlossen, und die Stadt sah sich trotz zahlreicher Hilferufe der Betroffenen nicht genötigt, den Erhalt finanziell zu unterstützen. Dann beschloss der Stadtrat das Aus für das Stadtbad Geyerswörth – trotz nachhaltiger Proteste (insbesondere durch die große Resonanz auf die Handtuch-Sammel-Aktion von GAL-Stadträtin Ulrike Heucken). Die einstmals städtische Innenstadtsauna wird ersatzlos gestrichen, die Räume gehen an den Tourismus- und Kongress-Service. Damit sind zwei kleine und einfache, aber für viele Nutzer und Nutzerinnen wohnortnahe Einrichtungen verloren gegangen – das Netz der Bamberger Bäder hat erste Löcher bekommen.

### Gaustadter Freibad Opfer des Spaßbadmonsters?

Und so soll es nun weitergehen! Dem Hallenbad am Kanalufer, das für viele Innenstadt-Bewohner und -Bewohnerinnen ein wichtiger Freizeitfaktor ist und mit dem Bus für alle BambergerInnen gut erreichbar ist, droht die Abrissbirne. Und das, obwohl der typische Bau aus den 60er Jahren jetzt auch offiziell in die Denkmalliste des Freistaats Bayern aufgenommen wurde.

Stattdessen soll das Stadionbad – soeben erst aufwändig und teuer zum Spaßbad saniert – um ein wiederum aufwändiges und teures Spaßhallenbad erweitert werden. So viel Spaß ist kaum noch zu ertragen. Zumal sich die Eintrittspreise, laut Voraussagen der Stadtwerke, verdreifachen werden.

nierung des Gaustadter Freibads kein Geld mehr übrig bleiben, und mag diese auch noch so bescheiden sein. Das einfache Stadtteilbad mit seinem 50er-Jahre-Charme passt einfach nicht in den Trend, dem die Mehrheit im Bamberger Rathaus verfallen ist: Event, Fun und Superlative. Doch damit ist

Nicht nur zusätzlicher Verkehr aus dem Umland wäre am Stadion neu zu bewältigen, auch innerstädtisch käme einiges ins Rollen. Die Schulen der Innenstadt warnen bereits, wie umständlich es ist, für ihre Schwimmstunden bis zu einem Hallenbad am Stadion zu fahren – mal abgesehen von den



Gaustadter Freibad: Bei einer Umfrage des Bürgervereins schätzten viele Gäste vor allem günstige Eintrittspreise, Schlichtheit, idyllische Lage und Wohnortnähe. Photo: Erich Weiß

man überhaupt nicht mehr „trendy“, denn die aktuelle Freizeitforschung stellt zunehmend eine Nachfrage nach kleinen und überschaubaren Einrichtungen in Wohnortnähe fest.

### Statt Event und Fun: einfach baden gehen

Auf diese Weise wird eine wesentliche Stärke der Bamberger Bäderlandschaft aufgegeben: Das Bäderangebot ist dezentral, wohnort- und alltagsnah organisiert, es befriedigt auf einfache Weise die verschiedenen Bedürfnisse von Bürgern und Bürgerinnen jeden Alters, ist mit Stadtteilstrukturen mitgewachsen und berücksichtigt auch Traditionen und emotionale Bindungen. Das

Transportkosten, die der Schulaufwandsträger, also die Stadt, zu tragen hätte. Man stelle sich auch vor, wie eine Mutter mit zwei Kindern und Badegepäck sich vom Cherbonhof auf den Weg zum Stadion macht – bestimmt nicht per Fahrrad, und vermutlich auch nicht mit dem Bus.

### Hallenbad-Sanierung und Naturbad Gaustadt

Dabei gäbe es Alternativen zu den hochtrabenden Plänen von Neller, Starke & Co. Bereits vor sieben Jahren ließ die Stadt eine detaillierte Studie

Fortsetzung Seite 2

## I N H A L T

### Zwiebeln Sie Frau Sowa

GAL-OB-Kandidatin Ursula Sowa stellte sich den Fragen der BürgerInnen.

Seite 3

### Stühlerücken an Bamberg's Schulen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags, Teilhauptschulen zu schließen, wird auch Bamberg betreffen. Zahlreiche Klassenjahrgänge von Grund und Hauptschulen müssen wohl hin und her verschoben werden. Das heißt auch: längere und gefährlichere Schulwege für die Kinder.

Seite 4

### Ohne Ausbildung geht nichts

Die g a z im Gespräch mit Wolfgang Reisky zum Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Seite 5

### Rathausmagazin

Kamm und Schere in der VHS wieder willkommen. Rathaus-Chefetage: Nichts fragen und nichts wissen. Brändleinscher 3er-Flop. Ka Geld für Bambercher Gemüs.

Seite 5

### Wünsch dir was!

oder: Finanzpolitik im Bamberger Rathaus. Der Stadtrat fasst munter Beschlüsse über Projekte und Investitionen, sichert aber nicht ihre Finanzierbarkeit ab.

Seite 6

### Gaspreiserhöhung – Nicht mit uns!

Die Stadtwerke erhöhen ihre Gaspreise um 20%. Die GAL ist skeptisch, ob das gerechtfertigt ist und gesetzlichen Vorschriften entspricht. GAL-Empfehlung: Gaspreise nur unter Vorbehalt zahlen!

Seite 7

### In der g a z euse:

Gesicherte Leere im Historischen Museum  
Flotte Verträge mit fatalen Fehlern  
Selbstherrlichkeit an der Regnitz  
Klerikal-elegante Personalentsorgung

Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

die zur Zukunft der Bamberger Bäder erstellen (plafog/Hölzlein, 1998). Darin wird das Hallenbad am Margaretendamm als technisch sanierungsbedürftig, aber ausbaufähig bezeichnet, ein Abriss wird ausdrücklich als „unverhältnismäßig“ abgelehnt. Eine Sanierung mit Attraktivitätssteigerung wurde damals auf 18,5 Mio DM (!) beziffert und dürfte auch heute bei der Hälfte

der Kosten für einen Hallenbadneubaus liegen.

Die in der Studie genannten Maßnahmen klingen verlockend: Kinderplanschbecken, Großwasserrutsche, Ruhegalerie und Bistro, Sauna mit Saunagarten und Saunasee. Außerdem wird ein Warmwasser-Außenbecken mit Sonnenterrassen hin zum reizvollen Kanalufer vorgeschlagen. Es handelt sich um angemessene und größten-

teils nicht überzogene Modernisierungsvorschläge, um das zu gegebenermaßen leicht angestaubte und defizitäre Hallenbad sommers und winters attraktiver zu machen.

Und für das Gaustadter Bad hat die GAL bereits seit längerer Zeit eine Naturbad-Sanierung vorgeschlagen. In Naturbädern wird das Wasser nicht mehr durch Chemie-Zusätze rein gehalten, sondern reinigt sich selbst auf biologische Weise, indem es ein gesondertes Becken mit speziellen Wasserpflanzen und -tieren durchläuft. Dadurch können die jährlichen Betriebskosten um rund 20.000 Euro gesenkt werden. Eine Generalsanierung des Gaustadter Bads würde (nach Angaben der Stadtwerke) 2,2 Mio Euro kosten und wäre durchaus finanzierbar.

### Frisierte Kostenkalkulationen

Aber mit den Finanzen nimmt es der Stadtrat mal wieder nicht so genau. Einige führende Stadtratsmitglieder wollen sich offenbar mit dem Hallenbad ein Denkmal setzen, koste es, was es wolle – und die Stadtwerke machen mit. Da werden in groben Kostenprognosen die Zahlen schon mal so hingerechnet,

wie es passt. Die aktuellen Kosten für ein umfassendes Aufpeppen des Hallenbads am Margaretendamm schätzt Stadtwerkeleiter Rubach auf 14 Mio Euro, also um ganze 5 Mio höher als in der Studie von 1998. Hingegen erwartet er für ein saniertes Gaustadter Freibad immer noch die gleichen Kosten wie vor sieben Jahren. Klarer Fall: Eine Hallenbad-Sanierung, die man nicht will, wird künstlich hochgerechnet, um bessere Gegenargumente zu haben.

Dagegen gönnen sich Stadtwerke, Stadtratsmehrheit und OB Lauer bei dem Hallenbadneubau komfortablere Zahlen: Das Grundstück will die Stadt mal eben so kostenlos zur Verfügung stellen, obwohl dessen Wert selbstverständlich mit zusätzlichen Millionen in die Investitionssumme eingerechnet werden müsste. Und bei den jährlichen Betriebskosten geht man von einer fantastischen Steigerung der Besucherzahlen um 100% aus, bei einem dreimal höheren Eintrittspreis.

Doch weiter aufs Glatteis der Fakten wagt sich die Stadtwerkeleitung unter Aufsicht von OB Lauer bisher nicht. Ein Powerpoint-Vortrag von Geschäftsführer Rubach, der etwas detaillierter auf die Finanzen eingewirkt wird, wird unter Verschluss ge-

halten. Eine Anfrage der GAL-Fraktion, den Vortrag auf Papier oder als Datei zur Verfügung zu stellen, wurde abschlägig beschieden. Und das, obwohl es sich um einen Vortrag in öffentlicher Stadtratssitzung handelte. Da haben gewisse führende Köpfe ganz offensichtlich Angst, dass ihnen ihre Zahlenlogik noch ganz schön um die Ohren fliegt.

## Fragwürdige Umfrage

„Sie können mitentscheiden! Ihre Meinung ist uns wichtig!“ So betitelt die Stadtwerke eine Bürgerumfrage. Abgefragt wurde, was sich die Bürger und Bürgerinnen für das „neue“ Hallenbad wünschen – so als wäre der Neubau schon fest beschlossene Sache, und so als wäre das alles keine Frage des Geldes. Vom Sprungturm bis zur Aqua-Aerobic konnten die Befragten sich quasi per Wunschzettel alles „bestellen“.

Bezeichnenderweise waren nur Wünsche gefragt – Lob für Bestehendes war nicht erwünscht, Zufriedenheit mit dem Ist-Zustand konnte nicht angekreuzt werden – kein Raum also für wunschlos glückliche BürgerInnen. Und schon gar nicht für kritische! Denn wer sich erhofft hatte, auch über Konsequenzen mitentscheiden zu dürfen, wurde enttäuscht. Ob man, um den Neubau zu finanzieren, z.B. alle Baumaßnahmen in Bamberg Schulhäusern zurückstellen möchte, außerdem auf das Park-Leit-System und die Kronacher Straße verzichten würde und dann vielleicht noch Zuschüsse zur Denkmalsanierung sparen möchte – eine solche Frage wurde nicht gestellt. Ebenso wenig wie die Frage, wie viel Eintritt man denn zu zahlen bereit wäre.

Bürgerbeteiligung ist eine feine Sache, aber sie darf nicht von vorneherein einseitig sein.

*Brief ans Rathaus*

**GAL**  
Stadtratsfraktion

Bamberg, im November 2005

**Betrifft: „Denken in der Verwaltung“**

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,*

Im August beantragte die GAL-Fraktion, dass sich der neue Leiter des Stadtplanungsamts, Herr Harald Lang, mit seinen Arbeitszielen dem Stadtrat vorstellen solle. Wir sind (man kennt uns ja) einfach neugierig, was der Mann sich so denkt, wie sich die Stadt entwickeln soll, welche Bau- oder Gewerbegebiete seiner Meinung nach weiter auszubauen sind, wo man welche Verbesserungen beim Verkehr erreichen könnte, wie die Zukunft der Innenstadt aussehen soll usw.

Sie haben auch ganz schnell auf unseren Antrag geantwortet, wofür wir dankbar sind. Aber Ihre Antwort als solche hat uns dann doch sehr erstaunt. Sie schreiben, dass Herr Lang „Laufbahnbeamter“ sei und nach den „Weisungen“ von Baureferent, Oberbürgermeister und Stadtrat zu handeln habe. „Eigene Ziele“ dürfe er daher „nach außen hin und gegenüber dem Bausenat“ nicht darstellen.

Jetzt sind wir schon etwas verwundert darüber, dass unterhalb der OB- und Referentenebene in der Stadtverwaltung offenbar das Denken verboten ist. Laufbahnbeamten dürfen gewissermaßen laufen, aber nicht denken? Zumindest sollen sie nicht über „Ziele“ nachdenken. Eine Laufbahn ohne Ziel also?

Oder sollen wir das so verstehen, dass die Laufbahnbeamten nur nicht „nach außen“ bemerkbar denken dürfen? Denken ist im Rathaus Bamberg sozusagen nur heimlich und hinter verschlossenen Türen gestattet – der Laufbahnbeamte als zielloser Schreibtischdenker! Und nicht einmal der Bausenat soll mit solchen - aus Ihrer Sicht, Herr Oberbürgermeister – offenbar überflüssigen Gedanken und Zielen belästigt werden. Ach herrje, wir finden das echt schade. Wir haben nämlich den Eindruck, dass sich in der Verwaltung durchaus viele denkfreudige Leute mit Zielen im Kopf befinden. Die müssen ja ganz schön aufpassen, dass sie ihre Laufbahn nicht gefährden ...

Mit enttäuschten, aber selbstverständlich freundlichen Grüßen

*Ihre GAL-Fraktion*

## Der „Schwarze Peter“: Keiner will ihn!

Er hat ein hartes Los: Keiner will ihn. Und wenn ihn doch mal jemand hat, dann will er ihn schnellstmöglich loswerden. Die Rede ist vom „Schwarzen Peter“. Allerdings nicht (nur) vom gleichnamigen Kinderkartenspiel. Sondern (auch) von der Bamberger Kommunalpolitik, bei der die WählerInnen am 12. März 2006 die Karten neu mischen.

Schon jetzt aber sorgt die CSU für ein paar unterhaltsame Spielchen. Die hatte nämlich die geniale Wahlkampfidee, für ihren OB-Kandidaten gleichen Vornamens eine nach dem erwähnten Kartenspiel benannte Biermarke zu kreieren. Ob sie sich wundern, dass die nahe liegenden Assoziationen von der FT-Lokalredaktion und etlichen Leserbriefschreibern begierig aufgegriffen wurden, ist nicht bekannt.

Was dagegen schon verwundert: Die CSU selbst scheint ihren Slogan sehr ernst zu nehmen – und den Schwarzen Peter nicht so recht zu mögen. Von gewichtigen Persönlichkeiten in Unionsreihen wird ja schon lange eine Vorliebe für die GAL-Kandidatin Ursula Sowa kolportiert. Und vom CSU-Kreisvorsitzenden Christian Lange ist bekannt, dass er für den OB-Posten im Grunde nur einen für qualifiziert hält: sich selbst.

Dementsprechend zwiespältig



Peter Neller (rechts) übt sich nach dem klaren Vertrauensbeweis der CSU-Delegierten schon einmal als Steuermann. FT-Foto: Rinkief

**Ausschnitt aus dem FT-Artikel vom 1.8.2005 über die Kreisvertreterversammlung der CSU zur Aufstellung des OB-Kandidaten Peter Neller: Wer hält denn nun das Steuer in der Hand?**

fiel der Versuch aus, Neller bei seiner Präsentation als OB-Kandidat als sicheren Steuermann durch die Untiefen der Bamberger Kommunalpolitik darzustellen. Lange griff dem CSU-Kandidaten unverhohlen ins Ruder (siehe Foto im Zeitungsaustriss) – so recht zutrauen mag er ihm die schwere Aufgabe offenbar nicht.

Zuvor hatte Lange seine Geringschätzung für den Schwarzen Peter dem FT geradezu in den Notizblock diktiert: „Peter Neller wird an seiner Aufgabe

wachsen und er kann lernen.“ (FT, 9.7.05) Dass das Amt des Oberbürgermeisters ein Lehrberuf sein soll, werden die WählerInnen mit einiger Überraschung zur Kenntnis nehmen. Und auf einen Schwarzen Peter als Lehrling dankend verzichten.

Dem Wahlvolk bleibt der Trost: Anders als beim Kartenspiel muss es bei der OB-Wahl nicht dem Zufall vertrauen. Den Schwarzen Peter kann man am 12. März durch gezielte Stimmabgabe loswerden ...

**KAUFRAUSCH**  
DER BESONDERE SCHMUCK  
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE

Seit 20 Jahren

Austraße 27 • 96047 Bamberg  
Tel. 0951/2 38 07

Wein Kosmetik  
Obst Brot  
Pamina  
Bio. Und genießen.  
Gemüse Pasta  
Käse

Mitten in der Austraße

Inh.: Katharina Müllerschön  
Lieferservice: 0951 / 50 99 3 99

# Mehr Busspuren, weniger „Mehltau“ und viel weiblicher Charme

Unter dem Motto „Zwiebeln Sie Fau Sowa“ lud die Bamberger GAL Bürger und Bürgerinnen ein, Fragen an die Oberbürgermeisterkandidatin der GAL zu stellen. Hier eine Auswahl der Fragen – natürlich mit den Antworten von Ursula Sowa.

**Haben Sie innovative Ideen, mit denen Sie die Stadtkasse wieder füllen wollen?**  
Andrea Strätz, Architektin

Der wichtigste Grundsatz, den ich in der Bamberger Haushaltspolitik vermisst, ist Aufrichtigkeit. Im Stadtrat wird derzeit mehrheitlich ein Projekt nach dem anderen beschlossen, obwohl dafür kein Geld da ist. Das ist Augenwischerei gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen. Zunächst einmal muss – ganz unpopulär, aber aufrichtig – gesagt werden, dass wir uns vieles

2005 wurden 645.000 Euro bereitgestellt, allein an Zuschüssen für Sportvereine. Dazu kommen dann noch die Unterhaltskosten für stadteneigene Sportstätten wie Volkspark, Sportzentrum Gaustadt, Bäder usw., von denen die Vereine ja auch profitieren. Ich halte die Arbeit von Sportvereinen für wichtig und diese finanzielle Unterstützung auch für gerechtfertigt, aber ich will auch ehrlich sein: Mehr ist angesichts der miserablen Haushaltslage nicht drin. Die Stadt muss ja neben den Sportvereinen auch noch andere Vereine

Die Mieten können auch dadurch beeinflusst werden, dass wir die knappen 1A-Geschäftslagen (Fußgängerzone) ausweiten und attraktive 1B- und 1C-Lagen schaffen. Die Mieten in der Fußgängerzone sind ja auch deshalb so hoch, weil es die beste – weil autofreie – Geschäftslage ist, wo Einkaufen, Bummeln und Flanieren Spaß macht. Solch ein attraktives Einkaufsflair brauchen wir in vielen Straßen. D.h. wir müssen bei der Verkehrspolitik endlich Nägel mit Köpfen machen.

Es wäre auch zu prüfen, ob die Stadt ihre Zuschüsse zur Denkmalsanierung nicht an Auflagen binden kann. Also Zuschüsse für die Sanierung eines Geschäftshauses nur dann, wenn der Hauseigentümer an einen mittelständischen Betrieb vermietet.

**Wie stellen Sie sich Gestaltung, Vitalisierung oder Revitalisierung der Sandstraße vor?**  
Peter Makowsky, Vorstand Jazzclub

Leider wurde erst vor kurzen wieder eine Entscheidung zum Nachteil der Sandstraße getroffen: die neue Verkehrsführung im Maibrunnen bringt zur Zeit noch mehr Verkehr in die Sandstraße als dort ohnehin schon ist. Dabei wäre das wichtigste eine durchgreifende Verkehrsberuhigung, die Anliefer- und Anwohnerverkehr zwar zulässt, aber Durchgangsverkehr aus dem Sand draußen hält.

Das wäre die Grundvoraussetzung dafür, dass der Sand wieder ein besseres Wohngebiet für Familien wird, dass Gastronomie mehr Straßenraum nutzen könnte, dass die Sandstraße als Fortsetzung der Einkaufsstadt wahrgenommen würde.

Für ganz vielversprechend halte ich die Vorbereitenden Untersuchungen für das Sanierungsgebiet Sand, die derzeit laufen. Hier werden Vorschläge tatsächlich zusammen mit den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort entwickelt – so stelle ich mir Stadtentwicklung vor.

**Was ist ein Manko in Bamberg und wie wollen Sie es beheben?**  
Herr S.

Die Stadtpolitik selbst ist ein großes Manko: Sie ist für die BürgerInnen oft undurchsichtig und unverständlich. Das kommt vor allem daher, das Stadtrat und Stadtverwaltung oft als Gegenüber der BürgerInnen gesehen werden. Ich möchte hier einen Klimawechsel. Mein Ziel ist ein Miteinander von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft, so dass die Kompetenzen, die bei allen, eben auch bei den BürgerInnen vorhanden sind, sich gegenseitig sinnvoll ergänzen. Die Beteiligung von BürgerInnen an den Haushaltsberatun-



Ursula Sowa mit Bürgerinnen und Bürgern beim montäglichen Polit-Rondo im Rondo-Café am Schönleinsplatz.  
Photos: Michael Schilling

gen gehört dazu, ebenso wie etwa ein Beschwerdemanagement im Rathaus, das Beschwerden von BürgerInnen bearbeitet und in Verbesserungen umsetzt. Der Stadtrat sollte regelmäßig Gelegenheit zu Bürgerfragen am Beginn seiner Sitzungen bieten und es sollten auch viel öfter Bürgerversammlungen abgehalten werden – und zwar gezielt in den einzelnen Stadtteilen.

Außerdem ist der Entwicklung dringend Einhalt zu gebieten, dass immer mehr Entscheidungen ausgelagert werden, in Aufsichtsräte, Stiftungen usw. Hier kann der Stadtrat nur noch in begrenztem Maße Einfluss nehmen und die BürgerInnen können gar nicht mehr teilhaben, denn all diese Gremien tagen nicht öffentlich. So wird Stadtpolitik bürgerfern, sie legt Mehltau an, die Motivation der BürgerInnen, sich für ihre Stadt zu engagieren, geht verloren.

**Was halten Sie von der Einführung eines Jugendparlamentes?**  
Wolfgang Ballinger

Viel – wenn diese Forderung von Jugendlichen eingebracht wird. Von der Einrichtung eines Jugendparlamentes einfach so „von oben“ halte ich nichts, das müssen die Jugendlichen selber in die Hand nehmen, sonst wird es nur ein weiteres Bürokratiemonster. Zuerst sollte also eine Jugendversammlung abgehalten werden, bei der die Jugendlichen selbst diskutieren, was sie wünschen. Die Stadt sollte so offen sein, dass sie einen auf diese Weise erarbeiteten Vorschlag der Jugendlichen dann auch sicher weiterverfolgt.

**Wie soll es in Zukunft mit den Bamberger Schulen weitergehen?**  
Frau P.

Die Schulen haben bei mir oberste Priorität. Auch wenn die städtischen Gelder knapp sind, man

in vielen Bereichen sparen muss, bei den Schulen würde ich den Rotstift nicht ansetzen. Schon in meiner Zeit als GAL-Stadträtin habe ich immer wieder – und meistens vergebens – notwendige Investitionen angemahnt. Besonders die städtischen Schulen dürfen nicht ausgehungert werden. Es muss Ziel der Stadt sein, dass jedes Kind die Bildung bekommen kann, die es braucht. Wenn das z.B. bedeutet, dass an der Wirtschaftsschule mehr Klassen eingerichtet werden müssen, weil dort die Nachfrage so groß ist, dann muss das die Stadt tun.



**Wie stehen Sie zum Umkippen der Stadtratsmehrheit in Sachen Mobilfunkmatorium?**  
Frau R.

Ich als Oberbürgermeisterin wäre da mutiger und würde mich von den Mobilfunkfirmen nicht einschüchtern lassen. Das wäre mir die Gesundheit der BambergerInnen wert. Der richtige Weg war der Beschluss, ein Gutachten erarbeiten zu lassen,

das die Strahlung für alle minimiert. Dass der Stadtrat nun eingeknickt ist, diesen Beschluss aufgehoben hat und nun doch mehr oder weniger allen Wünschen der Mobilfunkbetreiber nachkommt, ist fatal. Vor allem signalisiert es den Firmen, dass sie letztlich doch alles bekommen werden, was sie wollen. Die Stadt sollte vielmehr mit geballter Bürgerkraft den überzogenen Ansprüchen dieser Firmen die Stirn bieten.

**Was wird sich verändert haben nach sechs Jahren Oberbürgermeisterin Sowa?**

Andrea Strätz, Architektin

Es wird sich hoffentlich viel verändern, aber ich will einfach mal einen zentralen Punkt herausgreifen. Alle Bamberger und Bambergerinnen werden täglich den Unterschied merken, wenn sie ihre Wege durch Bamberg machen. Wichtige Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplans werden endlich umgesetzt sein: Es gibt viele neue Busspuren, die den Bus zum schnellsten Verkehrsmittel in die Innenstadt machen, dazu viele gut ausgebaute Radwege und Verkehrsberuhigte Bereiche in der Innenstadt. Es wird endlich einen Verkehrsverbund mit dem Landkreis geben, der seinen Namen verdient hat, so dass auch die UmlandbesucherInnen bevorzugt mit dem Bus in die Innenstadt kommen. Erhöhte Ruß-, Benzol- und Feinstaubwerte gehören der Vergangenheit an und die BewohnerInnen im Zentrum müssen nicht mehr um ihre Gesundheit bangen.

**Zur Person:**

Ursula Sowa, geb. 1957  
Architektin  
drei Kinder (20, 17, 15 Jahre)  
Mitglied des Bundestags  
2002 bis 2005  
Mitglied im Bamberger  
Stadtrat 1990 bis 2002



nicht leisten können, um langfristig die Stadtkasse wieder flott zu machen.

Ich persönlich habe mich schon als Bundestagsabgeordnete bemüht, Gelder für die Weltkulturerbestadt auf Bundesebene abzurufen. Sowohl das Bauministerium als auch die Kulturstaaatsministerin und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz hatten dafür offene Ohren. Leiter hat Oberbürgermeister Lauer meinen Kontakten keine Taten folgen lassen – ein Antrag auf Mittel der Deutschen Stiftung Denkmalschutz wurde bis heute nicht gestellt.

**Wie wird die finanzielle Ausstattung der Sportvereine aussehen? Gibt es da wieder Geld?**  
Jörg Stahlmann, Lehrer

Es ist ja nicht so, dass Sportvereine derzeit kein Geld erhalten.

**Zwiebeln Sie Frau Sowa!**

Wenn Sie Fragen direkt an die GAL-OB-Kandidatin haben: Gelegenheit gibt es immer:  
• montags, 17 Uhr im Rondo-Café am Schönleinsplatz  
• mittwochs, 16 Uhr in der Gaststätte „Am Schlachthof“ (Lichtenhaidestraße)  
• samstags, 11 Uhr im Café Müller (Austraße)

(soziale, kulturelle, Jugendvereine usw.) unterstützen.

Was ich aber dringend für nötig halte, ist eine Überarbeitung der Sportförderrichtlinien. Ich würde mir wünschen, dass ein Verein Geld bekommt, weil er gute Arbeit leistet und nicht weil es halt schon immer so ist. Kriterien sollten sein: Jugendarbeit, bei Fußballvereinen z.B. Förderung von Mädchen-Fußball, Aktionen zur Integration von BürgerInnen ausländischer Herkunft, Stadtteilarbeit, eine naturnahe Gestaltung der Sportstätten, Umweltschutz und Energieparmaßnahmen im Vereinshaus usw.

**Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen gegen das Sterben alteingessener Geschäfte in der Innenstadt Bambergs und gegen deren Ersetzung durch die überall gleichen Ketten?**  
Dr. Stephan Link, Lehrer

Die Ketten kommen ja deshalb in die Innenstadt, weil sie als einzige noch in der Lage und bereit sind, hohe Mieten zu bezahlen. Man muss also bei den Vermietern ansetzen – mit Überzeugungsarbeit – dass auch sie verantwortlich sind für die Gestalt und Qualität unserer Stadt. Die Stadt könnte hier als Vermittlerin und Moderatorin auftreten.

## Großer Verschiebebahnhof in der Schulstadt Bamberg

Die bayerischen Hauptschüler und Hauptschülerinnen sind die ungeliebten und vernachlässigten Kinder der bayerischen Staatsregierung. Das werden sie demnächst erneut zu spüren bekommen – dann nämlich, wenn rund 470 Teilhauptschulen bayernweit geschlossen werden. Auch in Bamberg wird das große Stühlerücken beginnen – Schulwege werden länger und gefährlicher.

Offiziell wollen CSU-Landtagsmehrheit und Stoiber-Regierung die „Konkurrenzfähigkeit der Hauptschulen stärken“, so der Landtagsbeschluss vom 22. Juli 2004. Doch in Wahrheit geht es um Kosteneinsparung. Die rückläufigen Schülerzahlen werden nicht etwa genutzt, um an Hauptschulen eine bessere Förderung durch kleinere Klassen zu gestalten. Vielmehr wird es diese Reform noch leichter machen, möglichst große Klassen zu bilden. So rechnet Finanzminister Faltlhauser im Doppelhaushalt 2005/06 bereits fest mit der Streichung von 500 Hauptschul-LehrerInnenstellen. Und es ist nicht etwa so, dass das gesparte Geld anderweitig zugunsten der Hauptschulen ausgegeben wird.

### Weitere Wege – größere Klassen

Auszubaden haben diese Bildungspolitik der CSU die Schüler und Schülerinnen: Sie haben noch längere Schulwege (vor allem in ländlichen Bereich kann das gravierend sein) und sitzen in noch größeren Klassen. Aber auch für die Kommunen bleibt das nicht folgenlos: Sie müssen für höhere Schulbuskosten aufkommen, höhere Gastschulbeiträge an Nachbargemeinden mit weiterbestehenden Hauptschulen zahlen und bleiben auf künftig leer stehenden Schulhäusern sitzen, in deren Ausstattung sie unter Umständen noch vor kurzem investiert haben.

Mit der Umsetzung der Schreibtischbeschlüsse aus München werden die Kommunen allein gelassen. Klar formuliert ist nur, dass „Neubaumaßnahmen vermieden werden“ müssen – denn aufgrund des neu in der Verfassung verankerten Konnexitätsprinzips müsste der Frei-

staat die Kosten dafür übernehmen, und das will die Stoiber-Regierung natürlich keinesfalls.

### Folgen für Bamberg

Auch in der Schulstadt Bamberg ist wohl demnächst ein großes Stühlerücken zu erwarten. Das prophezeite Schulamtsdirektorin Gisela Bauernschmitt in einer Sitzung des Stadtrats. Vier Teilhauptschulen gibt es

hat, hat man ohne große Phantasie ein wüstes Durcheinander und Herumwuseln von HauptschülerInnen (und auch von GrundschülerInnen) vor Augen. Schulamtsdirektorin Gisela Bauernschmitt sprach sich denn auch deutlich gegen die geplante Umorganisation aus.

Die absehbaren Folgen für die Bamberger Schullandschaft sind:

- Die TH-SchülerInnen aus der Luitpoldschule würden an die Heidelsteigschule verlegt. Nachdem dann dort für die Heidelsteig-Grundschulkinder kein Platz mehr wäre, müssten diese an die Luitpoldschule wechseln. Für viele Kinder würde das einen längeren und gefährlicheren Schulweg bedeuten, vor allem durch die ungesicherte und



Grundschulkinder (hier Wunderburgschule) haben demnächst längere und gefährlichere Wege zu bewältigen. *Erich Weiß*

derzeit in Bamberg: Luitpoldschule, Kunigundenschule und Wunderburgschule bieten nach der Grundschule die Klassenstufen 5 und 6 (TH I); die Heidelsteigschule beherbergt neben den Grundschulklassen auch die Hauptschulklassen 7, 8 und 9 (TH II).

Liest man das Konzept, das das Staatliche Schulamt auf Anweisung der Regierung und mit der Maßgabe „Bildung durchgängiger Hauptschulen“ erstellt

gefährliche Bahnunterführung. Mit der Auflösung der Luitpold-TH-Schule wäre auch das einzige Ganztagsangebot in Bamberg in Frage gestellt, in das die Stadt erst vor kurzem Geld investiert hat, und überdies wäre die Stadtmitte quasi „hauptschulfrei“.

- Die Kinder aus der Kunigundenschule, die jetzt nach der 4. Klasse noch zwei Jahre dort bleiben können und dann für die 7., 8. und 9. Klasse die Erlöser-

schule besuchen, müssten schon ab der 5. Klasse dorthin.

- Die TH-SchülerInnen aus der Wunderburgschule müssten zur Trimbergschule (derzeit Klassen 1 bis 9), die dortigen Grundschulkinder wiederum zur Wunderburgschule. Auch hier negative Auswirkungen auf den Schulweg, der nun in vielen Fällen über den Berliner Ring führt. An der Wunderburgschule wäre daraufhin kein Platz mehr für Diagnose- und Förderklassen, die man nach Vorgaben des Ministeriums (zur Förderung der Integration) hier untergebracht hatte – sie müssten zurück zur Pestalozzischule. Ob in der Trimbergschule überhaupt soviel Platz geschaffen werden kann, ist angesichts der schon jetzt bestehenden Raumnot fraglich. Möglicherweise müsste man einige Hauptschulklassen an die Erlörschule auslagern, aber die muss ja schon die Kunigunden-TH-Schule auf-

fangen und hat auch nicht endlos Platz ...

Kurzum: Was die bayerische CSU-Regierung fabriziert, ist rücksichtslose Sparpolitik und schulpolitischer Unfug. Dies als Stärkung der Hauptschulen zu bemänteln, ist eine Frechheit gegenüber allen Betroffenen. Übrigens: Alle CSU-Abgeordneten aus der Region Bamberg (Beck, Müller, Rudrof) haben den Beschluss im Landtag mitgetragen!

# neigezard

## Stures Vertuschen

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Warmuth-Prozess wird von der Stadt nicht gewonnen. Saftige Schadensersatzforderungen werden an der Stadt hängen bleiben – 3,9 Mio Euro stehen im Raum.

Aber dennoch prozessieren Oberbürgermeister Lauer und sein Prozeßbevollmächtigter Dr. Heller munter weiter und versuchen, so gut es geht, Details geheim zu halten – „um die Verfahrensstrategie der Stadt nicht zu gefährden“, wie es so schön heißt. Nur mit Mühe und nur auf nachdrückliche Nachfragen hin waren sie bisher bereit, dem Stadtrat mündlich zu berichten. Aber auch das heißt noch lange nicht, dass der Stadtrat gut informiert wäre.

GAL-Stadträtin Ulrike Heucken hatte beispielsweise um Einsicht in die bestehenden Gerichtsurteile gebeten. Kein unangebrachtes Verlangen, handelt es sich bei einer Stadträtin doch immerhin um eine vereidigte Mandatsträgerin und laut Gemeindeordnung um einen Teil der Verwaltung. Außerdem waren bisher alle Gerichtssitzungen öffentlich und wurden alle Urteile ebenso öffentlich verkündet. Doch OB Lauer verweigerte die Einsichtnahme – ohne jede Begründung!

Das sah man beim Landgericht anders. Der Landgerichtspräsident stellte bei der GAL-Stadträtin ein „berechtigtes Interesse“ fest und ermöglichte ihr deshalb selbstverständlich, die gewünschten Urteile im Wortlaut zu lesen. (Über ihre Erkenntnisse lässt sich leider an dieser Stelle nicht berichten – selbstverständlich hält sich die GAL ordentlich an ihre Verschwiegenheitspflicht.)

Aber das mag ein kleines Licht darauf werfen, wie man im Rathaus versucht, die wahren Sachverhalte zu vertuschen, wohl in der Hoffnung, einen Skandal über die juristische Schlamperei im Rathaus doch noch zu vermeiden.

Lieber riskieren die Verantwortlichen in einer Instanz nach der anderen grandios zu scheitern, als zuzugeben, dass vor Jahren im Rathaus Mist gebaut wurde. Die Konsequenz ist, dass unser Stadtsäckel (also wir alle) am Ende nicht nur den ohnehin fälligen Schadensersatz aufbringen, sondern auch noch für sämtliche Berufungs-Pirouetten zahlen muss. Die Sturheit und Eitelkeit im Rathaus kommt diesmal teuer zu stehen.

**Kurt Meier Umzüge**  
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg  
Tel. 09 51 / 20 22 76  
Nah- & Fernumzüge  
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN  
**UMZÜGE**  
**PETER SCHIELE**  
Auslandstransporte  
Möbel- und Küchenmontage  
Möbellagerung · Außenaufzug  
96052 · Gundelsheimer Str. 100  
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

**GEORG LUNZ**  
Malermeister & Baubiologe  
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Wir verarbeiten ökologische  
Farben & Putze  
Dämmstoffe  
Wand & Bodenbeläge

Alte Kreisstraße 20  
96123 Litzendorf/Naisa  
Fon: 09505/6173  
Fax: 09505/95 01 33

Ihr Spezialist für  
erneuerbare Energie!

seit 15 Jahren

15



- Warmwasser
- Stromerzeugung
- Heizung ...

Individuelle Lösungen  
von der Beratung über die  
Planung bis zur Montage



**EBITSCH**  
solartechnik

Bamberger Str. 50 • 96199 Zapfendorf  
Telefon 0 95 47 / 87 05 0  
Telefax 0 95 47 / 87 05 20  
www.ebitsch-solartechnik.de

15

www.ebitsch-solartechnik.de

Im Gespräch mit Wolfgang Reisky

## „Die Bamberger Jugendlichen sind nicht unausgeschlafener als andere“

Die 99Z sprach mit Wolfgang Reisky über Jugendarbeitslosigkeit in Bamberg, über Chancen und Hindernisse von Jugendlichen auf der Suche nach Ausbildungsplatz und Job, und über die Verantwortung der Betriebe

**99Z:** Herr Reisky, noch immer sind viele SchulabgängerInnen in Bamberg ohne Ausbildungsplatz. Warum ist Oberfranken bayerisches Schlusslicht bei der Jugendarbeitslosigkeit?

**Wolfgang Reisky:** Auf jeden Fall liegt es nicht daran, dass die Bamberger Jugendlichen dümmere oder unausgeschlafener sind als andere. Ganz Nordbayern ist nach der letzten Datenerhebung gegenüber Südbayern benachteiligt. Das Verhältnis zwischen angebotenen Stellen und Bewerbern hat sich hier in den letzten Jahren flächendeckend ungünstig entwickelt.

### „Der Einstieg in den Beruf funktioniert nur noch über eine Ausbildung.“

Es gibt zwar Bestrebungen, innovative Wirtschaftszweige in Bamberg zu fördern, etwa das „IT-Cluster“ oder den Tourismus, aber das ändert leider nichts daran, dass Bamberg von den derzeit dynamischen Wirtschaftsregionen recht weit entfernt ist.

**99Z:** Als Ursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit wird

häufig angegeben, die Jugendlichen von heute seien nicht ausbildungsfähig...

**Wolfgang Reisky:** Das Problem ist, dass das Arbeitsangebot für gering Qualifizierte verknappt worden ist. Vor zwanzig Jahren gab es noch einen Arbeitsmarkt für ungelernete Arbeiter, der heute so nicht mehr existiert. Der Einstieg in eine berufliche Tätigkeit funktioniert nur noch über eine Ausbildung.

Ein paar aktuelle Zahlen für den Raum Bamberg-Forchheim: Im Ausbildungsjahr 2004/2005 waren in Bamberg 1247 Ausbildungsstellen bei der Arbeitsagentur gemeldet, im Vergleich zu 1428 im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang von ca. 13 %. Die Zahl der

gemeldeten Bewerber ging von 3174 auf 3082 zurück, also um etwa 3 %.

**99Z:** Welchen Rat geben Sie einem Jugendlichen, der verzweifelt nach einer Lehrstelle sucht?

**Wolfgang Reisky:** Er soll sich bewerben, er soll sich bewerben – und dabei nicht mutlos werden. Es ist

schon eine frustrierende Geschichte, wenn man jeden zweiten Tag eine Mappe zurückgeschickt bekommt, falls überhaupt.

Mein Appell an die Jugendlichen lautet aber auch, sich nicht auf einen einzigen Ausbildungsberuf zu beschränken. Es gibt insgesamt 350 staatlich anerkannte Lehrberufe, von denen viele nicht bekannt sind. Selbst aktiv werden, sich umhören bei Verwandten, die Ohren offen halten, Praktika wahrnehmen – auch das ist ein guter Einstieg.

**99Z:** Welches ist aus Ihrer Sicht das größte Hindernis auf dem Weg zu mehr Jobs für Jugendliche in Bamberg?

**Wolfgang Reisky:** Zu wenige Ausbildungsstellen. Nur 63 % aller Betriebe sind ausbildungsbe-rechtigt, davon bildet nur noch die Hälfte aus.

**99Z:** Was fehlt den übrigen 37 %? Der Meisterbrief?

**Wolfgang Reisky:** Zum Teil sind es neue Betriebe, die noch nie ausgebildet haben, vielleicht keine Zeit haben, den bürokratischen Aufwand anzugehen, oder auch Firmen, die sich noch

nie um eine Ausbildungsberechtigung bemüht haben und auch nicht realisiert haben, dass sie auch mit einem Kooperationspartner ausbilden können, wenn sie selbst nicht alle Voraussetzungen erfüllen.

**99Z:** Könnten sich demnach zwei Firmen einen Azubi teilen?

**Wolfgang Reisky:** Oder auch mehrere. Es gibt historisch gewachsene Verbände, z. B. zwischen Mälzern und Brauern, aber die Erfahrungen anderer Bundesländer haben gezeigt, dass die Verbände noch weiter gehen könnten.

**99Z:** Als Projektmitarbeiter

### „Nur die Hälfte aller ausbildungsberechtigten Betriebe bildet aus.“

von BRAs beschäftigen Sie sich hauptsächlich mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Was genau tun Sie?

**Wolfgang Reisky:** Das Bamberger Regionalbüro für Ausbildungsstellen ist ein STARegio-Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Es ist auf drei Jahre angelegt und soll sich um die schon angesprochenen strukturellen Probleme unserer Region kümmern. Wir bieten unterschiedliche Dienstleis-

tungen für Betriebe und Ausbildungsbewerber an, damit Ausbildungen aufgenommen werden und funktionieren.

Um diese Arbeit auch längerfristig zu sichern, haben wir den neuen Ausbildungsverein Bamberg-Forchheim auf den Weg gebracht.

**99Z:** Was versprechen Sie sich von dem Verein?

**Wolfgang Reisky:** Zusätzliche Ausbildungsverhältnisse. Wir wollen kleinere Unternehmen in der bürokratischen Abwicklung der Ausbildungsverhältnisse entlasten und Verbundausbildungen organisieren. Eine Neuerung dabei ist, dass der Verein selbst Ausbildungsverträge abschließen kann. Für die Jugendlichen organisieren wir überbetriebliche Bildungsangebote – die Ausbildung im Verein soll keine „Billiglösung“ sein! Bei Krisen unterstützen wir mit sozialpädagogischer Betreuung.

**99Z:** Nebenbei arbeiten Sie noch im AK Jugendarbeitslosigkeit des Stadtjugendrings mit. Welchen Beitrag leistet er?

**Wolfgang Reisky:** Zunächst einmal dient der AK der Vernetzung und dem Austausch. Man



Wolfgang Reisky ist Projektmitarbeiter am Bamberger Regionalbüro für Ausbildungsstellen (BRAs)

erfährt von Initiativen wie z. B. dem Projekt „Gute Seiten, schlechte Seiten“ zur Gewaltprävention an Schulen. Praxisklassen an Schulen wurden begleitet und initiiert. Das Bewusstsein für die Problematik wird in die Jugendverbände des SJR hineingetragen.

**99Z:** Was war für Sie persönlich bisher der größte Erfolg im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit?

**Wolfgang Reisky:** Um Jugendliche in Arbeit zu bringen, bedarf es vieler kleiner Schritte. Es ist schon ein Erfolgserlebnis, wenn man Betriebe überzeugen kann, dass sich die Berufsausbildung für den Betrieb lohnt, ja längerfristig überlebensnotwendig ist. Und natürlich besonders, wenn man Jugendliche in Ausbildung bringt und sie dadurch eine Perspektive erhalten, in dieser Gesellschaft einen Platz zu finden.

Das Interview führte Barbara Göb.

## RATHAUSMA 99Z IN

### Kamm und Schere in der VHS wieder willkommen

In der letzten 99Z berichteten wir, dass die Bamberger Friseurinnung mit einer Intervention erfolgreich war und es geschafft hatte, einen „Haarschneidekurs“ aus dem VHS-Programm streichen zu lassen. Inzwischen hat auf Initiative der GAL der VHS-Leiter Köhl ein Machtwort gesprochen: „Es darf wieder frisiert werden“. Die Bamberger Friseursalons werden nicht mehr vor einem Amateurkurs für schnippelfreudige Familienmütter geschützt. Im Alten E-Werk müssen also künftig Kamm und Schere nicht mehr am Eingang abgegeben werden ...

### Rathaus-Chefetage: Nichts fragen und nichts wissen

Wie üblich stellte die SPD-Stadtratsfraktion auch bei den Haushaltsberatungen für 2005 ihren Lieblingsantrag, nämlich Streichung der Zuschüsse für die Sammlung Ludwig, was de facto auf eine Rückgabe der vom

Sammler-Ehepaar Ludwig geliehenen Porzellan-Ausstellung hinausläuft. Der Antrag wurde wie immer von der Stadtratsmehrheit abgelehnt.

Doch diesmal unterlief Oberbürgermeister Lauer ein kleiner Lapsus. Ihm ist die Bemerkung von der Zunge gerutscht, dass er für die Stadt Bamberg ohnehin schon einen unbefristeten Leihvertrag mit dem Ehepaar Ludwig unterzeichnet habe – und zwar im Jahr 1999, als der zunächst auf fünf Jahre begrenzte Vertrag von 1994 (Eröffnung der Ausstellung) endete. Eine Kündigung ist nur noch aus wichtigem Grund möglich.

Vor einer solchen langfristigen Vertragsunterzeichnung mal beim Stadtrat nachzufragen, hat OB Lauer offenbar wohlweislich unterlassen – ob er die jährlich nötigen Kosten für die Sammlung Ludwig für Peanuts hält?

Als der kulturpolitische GAL-Sprecher Wolfgang Grader daraufhin bei einer Kultursenatsitzung Bürgermeister Hipelius dazu befragen wollte – immerhin ist der ja als Kulturreferent für die Museen zuständig – meinte der nur: Er könne dazu

gar nichts sagen, weil er damit nicht befasst sei.

Da hat's selbst der GAL die Sprache verschlagen ...

### Brändleinscher 3er-Flop

Wenn CSU-Stadtrat Brändlein im Stadtrat zur Antragskür ansetzt, kann's schon mal peinlich werden. Erst kürzlich wieder hat er mit drei Anträgen einen bravourösen Flop nach dem anderen gelandet.

Da war zunächst der Antrag, die Baumschutzverordnung aufzuweichen, damit im Stadtgebiet mehr Bäume gefällt werden können, um wertvolle Blickbeziehungen im Weltkulturerbe nicht zu wachsen zu lassen. Das Umweltamt klärte aber darüber auf, dass im Bereich der Aussichten, die Brändlein so am Herzen liegen (Altenburg und Michelsberg) die Baumschutzverordnung gar nicht gilt. Doch Brändleins CSU-KollegInnen ließen ihren blamierten Kumpan nicht im Stich und stimmten schließlich für seinen Antrag in stark verwässerter Form. Man darf jetzt größere Bäume als vorher genehmigungsfrei fäl-

len. Na, Herr Brändlein, Blamage überwunden und Axt schon in der Hand, hm?

Bald darauf machte der CSU-Stadtrat den bahnbrechenden Vorschlag, dass an den Bamberger Autobahnanschlussstellen der A79 und der A73 Hinweisschilder für die Park&Ride-Plätze angebracht werden. Ganz fleißig suchte er für seine Antragsformulierung sogar die in der Straßenverkehrsordnung relevanten Nummern der betreffenden Schilder heraus. Nur leider musste die Stadtverwaltung dem eifrigen Brändlein mitteilen, dass genau solche Schilder bereits jetzt in maximal möglicher Anzahl an den fraglichen Autobahnausfahrten aufgestellt sind. Glatt dran vorbei gefahren, hm, Speedy Brändlein?

Doch schon einen Monat später hatte der Stadtrat mit den tollen Ideen einen neuen Geistesblitz: Um den weiteren Ausbau des historischen Museums voranzubringen, so dachte er sich, könnte man doch die Satzung so ändern, dass Zustiftungen an die Weltkulturerbestiftung konkret an diesen Zweck gebunden werden können. Das

würde den Anreiz für manchen Museumsliebhaber steigern, so Brändleins auf den Blitz folgender Gedankengang, woraus er umgehend einen formvollendeten Antrag machte. Die Stadtverwaltung war durchaus seiner Meinung, wies aber darauf hin, dass es schon nach bestehender Satzung möglich ist, auch zweckgebunden zu stiften. Wohl die Paragraphen nicht ganz aufmerksam gelesen, hm, Herr Rechtsanwalt Brändlein?

Aber nix für ungut. Die 99Z harret neuer Erleuchtungen. Nur zu!

### Ka Geld für Bambercher Gemüs

Das historische Gärtnerviertel ist dem Bamberger Stadtrat teuer – aber kosten darf das nichts! Das wurde wieder einmal deutlich, als der Antrag der GAL-Stadtratsfraktion zur Zukunft der Bamberger Gärtnerstadt behandelt wurde. Die Anregung von GAL-Fraktionssprecher Wolfgang Grader, dass städtische Einrichtungen (z.B. Klinikum, Altenheime) künftig bevorzugt Produkte aus heimischen Gärtnereien kaufen und

auch Abnahmegarantien geben sollen, fand im Stadtrat keine Zustimmung. Bürgermeister Hipelius (CSU) wies darauf hin, dass die Betriebe der Stadt „wirtschaftlich“ arbeiten müssten – und dafür seien die hiesig gewachsenen Salatköpfe, Kartoffeln oder gelben Rüben eben zu teuer.

Den Gedanken, dass man für den Erhalt eines Weltkulturerbegutes halt auch ein bisschen Geld aufbringen muss, mochte die Stadtratsmehrheit nicht einmal im Ansatz erwägen. Interessanterweise auch nicht der selbst ernannte Vertreter des Gärtnerstandes im Stadtrat, Pankraz Deuber von der CSU. Er konnte dem GAL-Vorschlag, der für seinen Berufsstand Geld wert wäre, ebenfalls nichts abgewinnen. Lieber übt sich der Gärtnermeister weiter in der Perfektion des Jammerns und verbreitet Resignation („Kamma halt nix machen ...“).

Seine immer wieder geäußerten Vorwürfe an GAL und OB-Kandidatin Sowa, sie würden nichts Konkretes für den Erhalt der Gärtnerstadt tun, führt er damit allerdings selbst ad absurdum.

# Wünsch dir was! oder Finanzpolitik im Bamberger Rathaus

Neues Hallenbad, Landesgartenschau, neue Brücken, Parkleitsystem ... – Die Wunschliste des Stadtrats ist ebenso lang wie die Finanzierung der Projekte vage

Wir wissen zwar nicht, wieviele Bamberger Stadtratsmitglieder die in den 70er Jahren sehr beliebte Unterhaltungssendung „Wünsch' dir was!“ gesehen haben. (Dem Durchschnittsalter im Rat nach zu schließen: viele) Und wahrscheinlich hat sich noch kaum jemand aus dem Stadtrat mit Ernst Blochs „Das Prinzip Hoffnung“ befasst. Dennoch: „Wünsch dir was“ und das „Prinzip Hoffnung“ scheinen die magischen Worte zu sein, die die Bamberger Finanzpolitik prägen – und das schon seit Jahren.

Man kann es ja verstehen: Die Wunschliste auch der BürgerInnen ist lang. Und als guter Stadtrat hat man zuvörderst im Sinne, diese Wünsche zu erfüllen. Man will ja auch wiedergewählt werden.

Auf der anderen Seite: Die knappe Kassenlage Bamberg ist nicht nur im Rathaus bekannt. Und spätestens nach seinen ersten Haushaltsberatungen müsste jedes Ratsmitglied wissen: Wundertüten sind was für Kinder, nicht aber für die kommunale Finanzpolitik. Doch allzu lange haben die daraus resultierenden guten (Spar-)Vorsätze nie gehalten. Je näher ein Wahl-

termin rückt, desto stärker setzt sich das „Wünsch dir was!“-Motto durch.

**Bürgermeister Werner Hippius (CSU) bei der Debatte um die Landesgartenschau: „Wir können es uns nicht leisten, aber wir wollen es uns leisten!“**

So ist es auch in diesem Jahr – steht doch die OB-Wahl unmittelbar vor der Tür. Ein neues Hallenbad braucht Bamberg – unbedingt. Die Kronacher Straße muss gebaut werden – endlich. Und Bamberg ohne Landesgartenschau – undenkbar. Dass – ganz nebenbei, ver-

steht sich – die Bamberger Brücken kostspielig saniert werden müssen, der Maxplatz nach wie vor seiner endgültigen Sanierung harzt und der Fußgängertunnel unter dem Bahnhof eigentlich seit Jahren fertig sein müsste – wer wollte das ernsthaft leugnen. Die Wunschliste (siehe unten!) ist also lang und wird immer länger.

Da will der frischgebackene OB-Kandidat der SPD nicht nachstehen: Ein neues Rathaus muss her, koste es was es wolle. Schlappe 10 bis 20 Millionen Euro – und das bloß für den Kauf des Sparkassengebäudes am Schönleinsplatz, von den notwendigen Umbaumaßnahmen war noch nicht mal die Rede ... – müssen da doch drin sein, oder?

Hier endlich kommt das „Prinzip Hoffnung“ ins Spiel. „Irgendwie“ – so das allgemeine Credo – kriegen wir das schon hin, Staatszuschüsse könnten vielleicht fließen, oder die Gewerbesteuer fällt doch mal wieder unerwartet hoch aus. Das



Baustelle Luitpoldbrücke

Photo: Erich Weiß

geht dann so lange gut, bis die Bezirksregierung in Bayreuth ein lautes „Veto“ ruft und den Bamberger Haushalt nicht genehmigt.

Was tun in einer solch verfahrenen Situation? Die Sün-

den der Vergangenheit lasten schwer auf den städtischen Kassen. Zum Beispiel: Der Bau der Konzert- und Kongresshalle hat sich – wie erwartet – als Fass ohne Boden erwiesen. Und die Luxussanierung des Theaters erzeugt Folgekosten noch und nöcher. Die Dauerelkkuh Stadtwerke mit ihren Gewinnen wird nicht noch stärker belastet werden können, ohne selbst Schaden zu nehmen.

Für einen verantwortungsvollen Stadtrat müsste das eigentlich bedeuten: Nicht Wünsche wecken und uehrliche Versprechungen machen, sondern sorgsam mit den vorhandenen Mitteln umgehen. Weder ein neues Hallenbad noch gar ein „Technisches Rathaus“ am Schönleinsplatz sind auch nur annähernd realisierbar. Die Landesgartenschau kann es – wenn überhaupt – nur in einer Ökosparvariante mit viel Eigenbeteiligung der BürgerInnen geben. Bei den Brückensanierungen müssen al-

le Sonderwünsche hintangestellt und Zeitpläne so weit wie möglich gestreckt werden.

Und: Bei allen Maßnahmen, die Geld kosten, ist auf ihre „Rentierlichkeit“ zu achten. Rentierlich sind z.B. alle Planungen im Rahmen der Städtebauförderung oder Förderprogramme wie „Soziale Stadt“. Denn jeder Euro, der hier ausgegeben wird, regt private Investitionen in mehrfacher Höhe an.

Und schließlich gilt auch: Gute Politik muss nicht immer die teuerste sein. Zum Beispiel: Ein ökologisch verträgliches Verkehrskonzept lässt sich ohne Millionen-Investitionen umsetzen, ein kostenträchtiges dynamisches Parkleitsystem kann man sich so sparen. Oder allgemeiner gesagt: Wenn das Geld an allen Ecken und Enden fehlt, dann ist um so mehr Phantasie und Ideenreichtum gefragt – bei Planungen, der Verwaltung, den Stadtratsmitgliedern und auch bei den BürgerInnen.

## Die Bamberger „Wünsch Dir was“-Liste

Projekt	Kosten für die Stadt (Euro)	Status
Sanierung Luitpold-, Löwen-, Kettenbrücke	5,7 Mio *	beschlossen
Geyerswörthsteg (Wettbewerb/Neubau)	400.000 *	beschlossen
Sanierung Franz-Fischer-Brücke, Obere Mühlbrücke	800.000	steht in den nächsten Jahren an
Bau Kronacher Straße bis Coburger Straße	3,5 Mio *	beschlossen
Weiterbau der Kronacher Straße bis Hallstadter Straße	Kosten unklar	beschlossen
Dynamisches Parkleitsystem	350.000 *	beschlossen
Busbeschleunigung	noch unklar (ca. 2 Mio)	beschlossen
Umsetzung von Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan	ca. 1,4 Mio	beschlossen
neue Parkplätze für Forum, inkl. neuer Kreuzungsbereich (Gesamtkosten zu tragen von Stadt und Stadtwerken)	1,9 Mio	von OB Lauer „versprochen“
Fußgängerunterführung u. P&R-Platz Brennerstraße	1,2 Mio *	beschlossen
Sanierung Kreuzung Berliner Ring/Memmelsdorfer Str.	1,3 Mio	beschlossen
Maxplatzsanierung, Lichtmasterplan u. Beleuchtung Maxplatz	ca. 1 Mio *	beschlossen
Erweiterung des Historischen Museums	2 Mio	beschlossen
Städtebauförderung (darunter Soziale Stadt Malerviertel, Gereuth/Hochgericht, Sandstraße, BA-Mitte, Untere Mühlen u.a.)	6 Mio *	beschlossen
Hochwasserfreilegung Gaustadt	1 Mio *	beschlossen
laufende Bauwendungen Schulen	3,5 Mio	beschlossen
Sanierung Turnhalle Domschule	80.000	wird debattiert
Neubau Hallenbad am Stadion (Gesamtkosten zu tragen von Stadt und Stadtwerken)	18 – 20 Mio	wird debattiert
Sanierung Freibad Gaustadt	2 – 4 Mio	wird debattiert
Sanierung Stadtbad für Tourismus&Kongress-Service	1,5 Mio	beschlossen
Sanierung Stadiontribüne Volkspark	2,7 Mio	wird debattiert
Bahnparallele Innenstadttangente	Kosten unklar	wird debattiert
Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes	7,5 Mio	wird debattiert
Landesgartenschau 2012	7 Mio *	beschlossen

(\* = Kosten, die die Stadt zu tragen hat; Zuschüsse aus anderen öffentlichen Haushalten sind schon abgezogen)

Die Bamberger „Wünsch Dir was“-Liste wurde von der GAL erstellt. Stadtratsmehrheit und Oberbürgermeister versäumen es seit Jahren, dies zu tun und sich der Realität zu stellen, dass man nicht alles und schon gar nicht alles auf einmal haben kann. Stattdessen beschließen und debattieren die einzelnen Senate unabhängig voneinander große und kleine publikumswirksame Projekte. Selbst wenn diese dann offiziell „beschlossen“ sind (siehe Status-Spalte), ist ihre Finanzierung und Verwirklichung

noch lange nicht gesichert. Den Bürgern und Bürgerinnen werden auf diese Weise uehrliche Versprechungen gemacht.

Zu den Wünschen der Liste kommen übrigens noch weitere größere und kleinere Posten, die unvermeidlich zu zahlen sind, wie etwa: Verlustübernahme Sozialstiftung (3 Mio Euro), Schadensersatz Warmuth-Prozess (3 Mio Euro?), Umsetzung Parkpflegewerk Hain, Neuanschaffung Feuerwehrfahrzeuge, Umsetzung Programm Vital Cities u.a.

## Wahnsinn mit System

Die Finanzpolitik in Bamberg ist zwar Wahnsinn, sie hat aber zumindest „System“. Und das System funktioniert so:

Wenn's ums Geld geht, reden viele mit. Die Fachreferate stellen jedes Jahr Wunschlisten auf, die man hierzulande „Mittelanforderungen“ für den nächsten Haushalt nennt. Die jeweiligen Fachausschüsse des Stadtrats (Senate) „beschließen“ diese Wunschlisten meist unverändert – denn sie müssen sich um das notwendige Geld keine Sorgen machen. „Kassenwirksame“ Entscheidungen kann erst der Finanzsenat treffen. Da sitzen zwar größtenteils dieselben Leute wie in den Fachausschüssen. Doch jetzt sind sie plötzlich nicht mehr „Fach“politikerInnen, sondern Finanzfachleute mit Rotstiftferfahrung.

Dabei ist aber nicht jedem Referat genau ein Senat zugeordnet, sondern die Zuständigkeiten überschneiden sich, und es gibt noch weitere Gremien, die Empfehlungen für Investitionen aussprechen. Kein Wunder also, dass der Stadtrat im fröhlichen Durcheinander munter Investitionsbeschlüsse ansammelt, die mit Finanzierbarkeit nichts zu tun haben.

Andere Städte, andere Sitten: Es gilt mittlerweile als „Stand der Technik“, dass einer Verwaltungseinheit, also einem Referat beispielsweise, lediglich ein Beschlussorgan auf Seiten des Stadtrats gegenübersteht. Und dieser Ausschuss oder dieser Senat hat nicht nur die fachliche, sondern auch die finanzielle Zuständigkeit (einschließlich des Personals!). Er verfügt über ein festes Budget, das ihm vorab – per „Eckwertebeschluss des Stadtrats“ – zur Verfügung gestellt wird. Der jeweilige Ausschuss legt also die politischen Prioritäten festlegen und stellt die dafür notwendigen Mittel bereit.

## Marktorientierung contra Wohlbehagen

**Klinikum – quo vadis? Das moderne Gesundheitswesen unterwirft alle Krankenhäuser marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Mechanismen, denen sie sich schwer entziehen können. Doch die Bamberger Sozialstiftung orientiert sich mit Klinikum und Nervenlinik so zielstrebig am „Markt“, dass einem um die einfache Gesundheitsvorsorge vor Ort schon Angst und Bange wird.**

Wenn der neue Geschäftsführer der Sozialstiftung, Xaver Frauenknecht, über seine „Geschäftspolitik“ für das Klinikum spricht, fühlt man sich an ein betriebswirtschaftliches Seminar erinnert:

und -pflegern von zwei auf einen jährlich reduziert. Ende 2004 mussten rund 200 Beschäftigte der Sozialstiftung (vor allem im Klinikum) vorübergehend auf Kurzarbeit gehen. Und vor dem Hintergrund

Defizitminimierung sind rein wirtschaftliche Ziele.

Doch zur Gesundheitsfürsorge, die ja Auftrag eines Klinikums ist, gehören auch solche Dinge wie das Wohlbehagen der PatientInnen, mensch-



Das neue Parkhaus am Klinikum

Photo: Erich Weiß

Da ist von „Umsatzrendite“ die Rede, von „Unternehmensstrategie“, „positiven Geschäftsergebnissen“ und „Marktanteilerhöhung“. Seine Ziele sind „Prozessoptimierung“, denn die führt „zu geringerem Personalbedarf“, und eine „Intensivierung der Akquise in Form von Marktpotenzialanalysen“. (Alle Zitate aus FT-Artikel vom 4.5.05)

Entsprechend sehen auch die für die nächsten Jahre geplanten Investitionen aus: Sie konzentrieren sich auf technische Ausstattung, Infrastruktur und bauliche Erweiterungen. Beim Personal hingegen wird gespart.

Reinigungskräfte und Küchenpersonal beschäftigt man schon seit einigen Jahren über eine gesonderte Service-GmbH, damit ihnen nicht die höheren Löhne des öffentlichen Tarifs gezahlt werden müssen.

Die Krankenpflegeschule hat seit 2004 ihre Kurse zur Ausbildung von Krankenschwestern

dieser Sparmaßnahmen beim Personal beschloss der Stiftungsrat mehrere – zum Teil millionenschwere – Projekte: Für 2,2 Mio Euro soll die Küche im Klinikum umgebaut werden. Ein neues Parkhaus soll für 1,8 Mio Euro entstehen, um auf dem Platz des bisherigen Parkhauses ein neues Ärztezentrum errichten zu können (wieder eine Millioneninvestition). Gleichzeitig erweiterte sich das Klinikum durch Übernahme der Schellerer-Privatklinik und beziffert Frauenknecht den Investitionsstau bei technischen Geräten auf 20 Mio Euro.

Die GAL hält diese Geschäftspolitik für bedenklich und gefährlich, denn sie setzt Wirtschaftlichkeit über die Qualität der Patientenbetreuung. Auch wenn der Markt solche Maximen zu diktieren scheint, muss sich die Politik in Bamberg überlegen, ob sie sich diesem Diktat ohne Abstriche unterwerfen will. Umsatzmaximierung und

liche und individuelle Betreuung, schmackhaftes Essen, gut ausgebildetes Personal mit akzeptablen Arbeitsbedingungen, Offenheit des Systems für interne Kritik.

Aber all diese Werte werden zunehmend rein marktwirtschaftlich beurteilt: unrentabel, verzichtbar, irrelevant. Und zur Diskussion darüber, ob und inwieweit man die Krankenhäuser der Stadt überhaupt dem reinen Marktdenken unterwerfen will, kommt es nicht mehr, seit es die Sozialstiftung gibt, der Stiftungsrat nur noch nichtöffentlich tagt, Stiftungsratsmitglieder aus den Sitzungen so gut wie gar nicht berichten dürfen und ohnehin nur mangelhaft informiert werden.

Die Entscheidung „Klinikum – quo vadis?“ ist so von einer bürgernahen Politik abgekoppelt und orientiert sich entsprechend: an Bilanzen und Umsätzen, nicht am Alltag und den Bedürfnissen der Bevölkerung.

## GALiges Der Mann für alle Fälle

Was wäre Bamberg ohne Dr. Franz-Wilhelm Heller? Vermutlich ein im juristischen Nirwana ziellos herumirrendes Gebilde, vergeblich auf der Suche nach Halt und Orientierung. Aber – Gott sei Dank – haben wir ja Herrn Dr. Heller, den CSU-Stadtrat und multi-kompetenten Rechtsanwalt. Egal, welche rechtliche Frage sich stellt, welche Prozesse sich für die Stadt auf tun, welche juristische Beratung vonnöten ist – der redegewaltige Rechtsvertreter ist immer zur Stelle und in der Lage, passende Textbausteine aus seinem omnipotenten Advokatsgehirn abzurufen.

Wen wundert's, dass man überall auf den Namen Heller trifft: Selbstredend ist er der Wortführer beim gewichtigsten Gerichtsfall, den die Stadt je am Hals hatte, dem Warmuth-Prozess. Aber auch in der Sozialstiftung taucht Dr. Heller, der selbst als CSU-Vertreter im Stiftungsrat sitzt, immer dort auf, wo sich Paragraphen tummeln: Zum Beispiel, als es darum ging, mit dem Perso-

nal Kurzarbeit zu verhandeln, oder als der Verdacht aufkam, ein an Hepatitis C erkrankter Chirurg könnte Patienten angesteckt haben. Ebenso mischte der quirlige Rechtsanwalt bei der Übernahme der Schellerer-Privatklinik durch die Sozialstiftung mit, diesmal als Vertreter eines Schellerer-Bruders (der sich durchaus darüber gefreut haben mag, dass sein Rechtsbeistand auch an entscheidungsbefugter Stelle des Verhandlungspartners Sozialstiftung mitreden darf). Nebenbei stellt Dr. Heller seine reichhaltigen Kenntnisse der Stadt noch bei Grundstücksverkäufen zur Verfügung und vertritt die Sparkasse (auch ein Unternehmen der Stadt) in Prozessen.

Die „Dunkelziffer“ Hellerscher Einsätze für die Stadt und ihre Betriebe dürfte hoch sein. Ein kleiner Bummel durch die Gänge der hiesigen Gerichte mit Blick auf die Anzeigetafeln vor den Sitzungssälen könnte da noch einiges ans Tageslicht bringen ...

## Gaspreise um 20 % höher? Nicht mit uns!

**Die GAL ruft alle Bamberger GaskundInnen auf, sich zu wehren und die Gaspreiserhöhung nur unter Vorbehalt zu zahlen**

Im Oktober gaben die Stadtwerke bekannt, dass die Gaspreise in zwei Stufen (Oktober 2005 und Januar 2006) um insgesamt 20% steigen werden. Dies beruhte auf einem einstimmigen Beschluss des Aufsichtsrats der Stadtwerke, in dem CSU (OB-Kandidat Peter Neller), SPD und Freie Wähler vertreten sind. Betroffen sind rund 17.000 Haushalte in Bamberg und Umgebung; für den durchschnittlichen Haushalt entstehen laut Stadtwerken Mehrkosten von 178 Euro pro Jahr.

Das städtische Energieunternehmen beruft sich auf weltweite Entwicklungen, in deren Zuge die Öl- und Gaspreise international rapide anziehen. Laut Geschäftsführer Rubach gibt man auf diese Weise „lediglich“ die Gaspreissteigerung weiter, die auch die Stadtwerke an ihren Vorlieferanten zahlen müssen, mit dem sie wiederum langfristige Verträge haben. Doch da schließt sich schon ein Kreis: Eben dieser Vorlieferant (die Ferngas Nordbayern, zugehörig zum Konzern der E.on-Ruhrgas-International AG) ist seit der Teilprivatisierung der Bamberger Stadtwerke vor ein paar Jahren Anteilseignerin und bestimmt die Geschäfte am Margaretendamm mit. Der Vorlieferant sitzt also für beide Seiten am Tisch, wenn die Stadtwerke Gasbeschaffungsverträge abschließen!

### Stimmt die Kostenkalkulation?

Abgesehen davon ist die GAL bezüglich der 20% skeptisch! Schaut man sich die Wertschöpfungskette beim Gas an (siehe Grafik), kann man an eine 20%-Steigerung, die von den Stadtwerken wirklich nur „durchgereicht“ wird, nicht so recht glauben. Denn der Gaseinkaufspreis für die Stadtwerke (Gasbeschaffung) müsste sich verdoppeln (!), damit sich daraus um ein Fünftel erhöhte Endverbraucherpreise errechnen.

Ist das wirklich so? Die Stadtwerke haben bisher ihre Kalkulation gegenüber den Kunden und Kundinnen nicht offen gelegt. Das hat aber die GAL-Stadtratsfraktion, die wie gesagt nicht im Aufsichtsrat sitzt und keinen Einblick in Geschäftsunterlagen hat, nun beantragt. Erst daraus kann sich ergeben, ob die Gaspreiserhöhung mit den gestiegenen Lieferantenpreisen begründet werden kann, oder ob sie nicht doch eine verdeckte Kostensteigerung zu Gunsten der Stadtwerke ist.

Solange das nicht geklärt ist, werden alle Mitglieder der GAL-Fraktion sowie des GAL-Vorstands ihre privaten Gasrechnungen nur unter Vorbehalt zahlen. Und wir empfehlen dies auch allen kritischen Gas-KundInnen der Stadtwerke. Denn laut § 315 BGB muss

eine Preiserhöhung „angemessen“ sein und „billigem Ermessen“ entsprechen. Sollte sich also herausstellen (evtl. durch ein Gerichtsurteil), dass die Gaspreiserhöhung der Stadtwerke diese juristischen Kriterien nicht erfüllt, können Überzahlungen zurückgefordert werden – und genau dafür ist es wich-

mepage ([www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de)) herunterzuladen.

Im Gegensatz zu weitergehenden Empfehlungen mancher Verbraucherverbände raten wir nicht zur Einstellung der Zahlungen. Durch den Vorbehalt ist sichergestellt, dass die Versorgung nicht unterbrochen werden kann, die spätere Rück-



Die GAL empfiehlt: Gasrechnung nur auf Vorbehalt zahlen

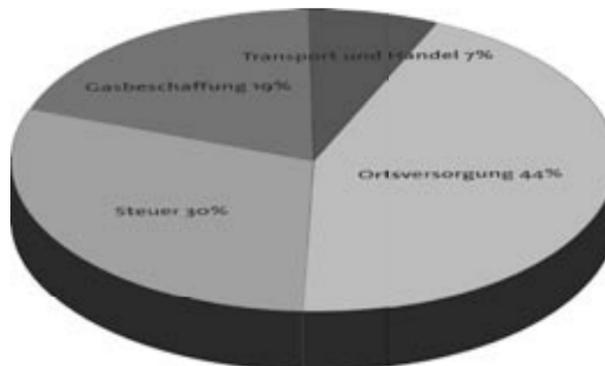
Photo: Erich Weiß

tig, den Stadtwerken gegenüber den Vorbehalt auch deutlich zu machen.

Damit eine solche Vorbehaltszahlung, die auch zahlreiche Verbraucherverbände empfehlen, rechtlich abgesichert ist, empfiehlt die GAL ein Formschreiben, das jedeR VerbraucherIn nur mit Namen, Adresse und Kundenangaben versehen muss und dann an die Stadtwerke schicken kann. Das Formschreiben ist von unserer Ho-

forderung ist dann natürlich Sache des Verbrauchers. Aber zumindest der Energieversorger e.on hat bereits angekündigt, seine interne Kalkulation offenzulegen. Wir hoffen, dass die Stadtwerke über kurz oder lang diesem Beispiel folgen und dann gegebenenfalls von sich aus Gut-

Weitere Infos gibt der Bund der Energieverbraucher: [www.energieverbraucher.de](http://www.energieverbraucher.de)



**Zusammensetzung des Gaspreises für den Endverbraucher:**  
Ortsversorgung = Kosten für Verteilung des Gases vor Ort an die Endverbraucher

Gasbeschaffung = das, was die Stadtwerke an ihren Vorlieferanten zahlen müssen

Steuer = Energiesteuer, an den Staat abzuführen

Transport und Handel = Kosten für Transport und Handel innerhalb Deutschlands

(Quelle: Lehrstuhl für Energiewirtschaft TU München, Energiewirtschaftliche Tagesfragen 2004)

Gut zum Fuß – gut zur Umwelt!

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)  
Mo – Fr 9.30 – 18.30 h Sa 9.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266  
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof



## Firma Minges bald nicht mehr „fair“

Den fairen „Bamberg-Kaffee“, den die Bamberger Kaffeerösterei Minges seit einigen Jahren verkauft, wird es bald nicht mehr geben. Nachdem Minges bei seiner Produktion des Bamberg-Kaffees die Richtlinien der FLO (internationale Organisation für die Kontrolle des fairen Handels) nicht mehr eingehalten hatte, wurde dem Produkt das TransFair-Label vor kurzem aberkannt. Der Verein TransFair e.V. zeichnet Produkte mit seinem Siegel aus, die fairen Handel und faire Arbeitsbedingungen für die Herstellerfa-

milien in Afrika, Asien und Lateinamerika garantieren.

Laut TransFair e.V. ist Minges nun nicht mehr Lizenzvertragspartner des Verbands und darf ab Frühjahr 2006 (wenn voraussichtlich die Lagerbestände des noch fair gehandelten Bamberg-Kaffees auslaufen) das TransFair-Label nicht mehr verwenden. Auch das Bamberg-Logo wird dann vorerst nicht mehr auf Minges-Kaffee zu finden sein. Denn die Stadt unterstützte den Bamberg-Kaffee im Rahmen ihrer Lokalen Agenda 21 und hat konsequenterweise

nun ebenfalls eine Verwendung ihres Logos untersagt.

Die Firma Minges äußerte dazu folgende Stellungnahme: Neue Auflagen von TransFair – bestimmte Aufdrucke auf den Kaffee-Packungen betreffend – habe man bei Minges nicht akzeptieren können. Deshalb habe man sich von TransFair getrennt und wolle sich einem anderen Verband anschließen, der ebenfalls fairen Handel garantiert. Den Verband konnte die Geschäftsleitung der Firma Minges bei Redaktionsschluss allerdings noch nicht nennen.

## Kleine Häuslesanierer benachteiligt



Mehrere Fassaden von Privathäusern in der Königstraße profitierten von Zuschüssen aus dem Bamberger Modell. Erich Weiß

Einst wurde der kommunale Sanierungszuschuss „Bamberger Modell“ für den Erhalt der wenig spektakulären Wohn- und Geschäftshäuser gegründet, die sich in äußerst desolatem Zustand befanden und für deren Sanierung es damals keine finanziellen Zuschüsse gab. Obwohl sich dies mittlerweile geändert hat, leistet sich die Weltkulturerbestadt trotz angespannter Haushaltslage nach wie vor diesen kleinen Luxus zum Erhalt der historischen Bausubstanz. Und das ist gut so! Es sind zwar keine Reichtümer, die sich die HauseigentümerInnen durch den 10- bis 35-prozentigen Zu-

schuss auf die denkmalrelevanten Sanierungskosten erhoffen können, doch für den „kleinen Häuslesanierer“ sind auch ein paar 1000 Euro schon ein Betrag, der zählt. Ein nettes Zubrot, das die Nutzniesser ohnehin erst nach vier Jahren erreicht und auch Anerkennung für ihre Verdienste um das Gesicht des Weltkulturerbes sein soll.

Ca. 60 einzelne Auszahlungen (insgesamt 246.000 Euro) wurden in den letzten drei Jahren für ebenso viele Maßnahmen von der Stadt genehmigt. Doch eine finanzielle Schiefelage ist bei näherem Hinsehen zu entdecken: 40% der Zuschüsse

gingen an zehn öffentliche bzw. nichtprivate Objekte (darunter Altes Rathaus, Gebäude der Stadtbau oder der Kirche), die anderen 60% verteilen sich – zu logischerweise kleineren Beträgen – auf die privaten Hausbesitzer, die nach dem Ursprungsgedanken des „Bamberger Modells“ eigentlich profitieren sollten.

## impresum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:  
Ralf Dischinger, Petra Friedrich, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Peter Zorn

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):  
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:  
Peter Gack, Barbara Göb, Ulrike Heucken, Ursula Sowa

Photos:  
Michael Schilling, Erich Weiß

Gestaltung und Satz:  
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:  
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:  
Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 65 / November/Dezember 2005



**Gaumenfreuden schenken**

- Schlemmerfrühstück für zwei nach Hause
- Candle-Light-Dinner 3-4 Gänge Menü
- Frühstück Ihrer Wahl im Hofcafé

**Gutscheine vom Hofcafé**

Mo-Fr 8-1 Uhr  
Sa 9-2 Uhr  
So 9-1 Uhr

Austraße 14 · 96047 Bamberg  
Telefon (0951) 2 54 47

99Z euse  
was Sie im FT nicht lesen können

## Gesicherte Leere im Historischen Museum

Was sein muss, muss sein. Und was sein muss, bestimmen in diesem Fall versicherungsrechtliche Vorschriften. Die in den letzten Jahren ausgebauten Räume des historischen Museums in der Alten Hofhaltung müssen nämlich nach Aussagen von Museumsdirektorin Regina Hanemann mit einer Gesamt-Alarmanlage gesichert werden. Das gilt

auch, wenn diese Räume leer stehen, sprich, wenn sich überhaupt keine Ausstellungsstücke – schon gar keine wertvollen – darin befinden.

Leer werden die Räume noch einige Zeit bleiben, denn die Stadt hat kein Geld, sie museumsadäquat auszustatten, zu möblieren und personell zu besetzen. Der Firma Siemens als Alarmanlagenbetreiberin

ist das egal, sie bewacht auch Leerstand und berechnet ihre Kosten nach Fensterfläche. So werden sich die Kosten für den Wartungsvertrag im Jahr 2006 verdoppeln – Steigerung von 32.000 Euro (2005) auf 60.000 Euro. Auch die Leerstände im Historischen Museum sind also vollständig und bestens abgesichert. Klauen doppelt zwecklos!

## Flotte Verträge mit fatalen Fehlern

Wie Schlamperei und Hektik zu einem dicken Minus werden, das lehrt nun die Endabrechnung der Ziegelbausanierng.

Rückblick: Als die Stadt sich im Jahr 2002 nach langem Hin und Her entschloss, den Kaliko-Ziegelbau in Eigenregie zu sanieren, wollte man schnell handeln und rechnete nicht lange herum. Man schätzte die Baukosten auf 3,7 Mio Euro und schloss aufgrund dieser groben Schätzung (und nicht aufgrund von sonst üblichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen) mit der Hotelbetreiber-Firma Welcome einen Pachtvertrag über 153.000 Euro jährlich ab.

Doch bei näherer Besprechung mit den beauftragten Architekten stellte sich heraus, dass diese 4,85 Mio Euro als nötige Bausumme veranschlagten. Schließlich einigte sich die Stadt mit den Architekten auf

eine Kostenobergrenze von 4,5 Mio Euro, die auch vertraglich festgelegt wurde. Im weiteren Verlauf hatte nicht nur das Architekturbüro auf die Einhaltung der Kosten zu achten, sondern zusätzlich ein eigens dafür beauftragter Projektsteuerer, mit dem man ebenfalls einen Vertrag geschlossen hatte.

Doch nach Beendigung der Bauarbeiten stellte sich heraus: Die Gesamtsumme belief sich auf 5,2 Mio Euro – 700.000 Euro mehr als veranschlagt. Aber weil alle Verträge schlampig und in Hektik ausgearbeitet wurden, nutzen die darin eingebauten Kostenobergrenzen der Stadt aller Voraussicht nach gar nichts – außer vielleicht als Lehrstück für die Zukunft.

Den Projektsteuerer kann man höchstwahrscheinlich nicht belangen, weil im Vertrag nur von einer „Zusammenführung von Gesamtproj-

jekt und Kostenermittlung“ die Rede war – und zusammengeführt sind auch Kosten mit wesentlichen Überschreitungen.

Von den Architekten ist vermutlich auch nichts zu holen, weil man ihnen sehr mühsam nachweisen müsste, dass sie die Stadt tatsächlich zu spät auf Mehrkosten aufmerksam gemacht haben, und weil die Stadt konkret angeben müsste, welche Ausgaben sie sonst anders getätigt hätte. Außerdem sind Mitglieder der Stadtverwaltung nicht ganz unbeteiligt gewesen an Umplanungen und Sonderwünschen.

Leider lässt sich auch an den Pachtzahlungen, die mit Welcome vereinbart wurden, nichts mehr drehen, obwohl die eigentlich hätten höher ausfallen müssen – gemessen an den nun deutlich gestiegenen Sanierungskosten.

## Selbstherrlichkeit an der Regnitz

Der Intendant der Bamberger Symphoniker, Paul Müller, streicht zwar ohne zu blinzeln jährlich einen Zuschuss der Stadt Bamberg in Höhe von mittlerweile 1,2 Mio Euro ein – aber von einem kulantem Verhalten seinerseits kann nicht die Rede sein.

Jahrelang musste sich die Verwaltung der Konzert- und Kongresshalle (4 Arbeitsplätze für 5 Angestellte) in einem mickrigen Raum von 17 m<sup>2</sup> Größe drängeln, weil Müller und seine Symphoniker in dem riesigen Hallengebäude alle anderen Räume belagern. Der vom Symphoniker-Chef beanspruchte Raumbedarf ist ganz

schön üppig, wenn man mal nachrechnet: Rund 6000 m<sup>2</sup> der „Sinfonie an der Regnitz“ fallen auf Büroräume, Stimmzimmer, Garderoben, Solistenzimmer, Notenräume, Technik und weitere Nebenräume, die alle permanent von den Symphonikern genutzt werden. Keinen einzigen Raum trat Müller der Stadthallen GmbH ab – da halfen weder überzeugende Argumente noch Bitten.

Nachdem auch Oberbürgermeister Lauer sich offensichtlich nicht durchsetzen konnte oder wollte – obwohl die Stadt ja Eigentümerin des Gebäudekomplexes ist –, wurde nun angebaut: neue Büroräu-

me von 60 m<sup>2</sup> für nicht ganz billige 120.000 Euro (bedingt durch statische Schwierigkeiten). Ein bisschen ist der Anbau auch eine „Belohnung“ für den fleißigen Geschäftsführer Horst Feulner, der den städtischen Zuschussbedarf für die Halle immerhin von 600.000 auf 400.000 senken konnte. Und immerhin hat die GmbH-Verwaltung jüngst auch die Bewirtschaftung der Konzerthalle (Warmuth-Nachfolge) und damit noch mehr Aufgaben übernommen.

Die Müllersche „Selbstherrlichkeit an der Regnitz“ wurde jedenfalls so in Stein gefasst.

## Klerikal-elegante Personalentsorgung

Dass in der Stadtbücherei die Herren vom Domberg das Sagen haben, obwohl die Stadt den Löwenanteil der Kosten trägt (75%) und die Erzdiözese nur 25% beiträgt, hat sich jetzt wieder gezeigt.

Als die Erzdiözese im Rahmen ihrer Konsolidierungs-

maßnahmen in ihrem Personalhaushalt kürzte, nahm sie kurzerhand drei frei gewordene Arbeitsstellen in der Stadtbücherei her, um dorthin ein paar Beschäftigte „abzuschicken“.

Dem Stadtbücherei-Kuratorium wurde diese Entschei-

dung nur noch nachträglich bekannt gegeben.

Die Stadt übernimmt selbstredend die Entlohnung der drei neuen Beschäftigten zu 75%, und natürlich zahlt sie entsprechend auch für deren fachliche Qualifizierung.